

Christen und Muslime in Deutschland

Wie kommen wir zusammen?

Klaus Baschang

I.

Die Anfänge

Der Islam ist in Deutschland angekommen. Es sind nicht die Geschichten von Karl May oder die Erzählungen aus Tausendundeiner Nacht. Es sind Gülcin, Sultan, Halil, Aishe, Necla, Erkan und viele andere Menschen muslimischen Glaubens. 1961 hatte die Bundesrepublik ein Anwerbeabkommen mit der Türkei abgeschlossen. Die Zahl der türkischen Zuwanderer stieg alsbald weit über die der Zuwanderer aus Italien, Griechenland und Spanien an, mit deren Ländern vergleichbare Abkommen schon früher abgeschlossen wurden.

Damals kam in einer süddeutschen Mittelstadt Sultan in eine evangelische Kindertagesstätte mit Mittagsverpflegung. Sofort erhielt die Küche die Weisung, hinfort kein Schweinefleisch mehr zu verwenden. Niemand hat darüber nachgedacht, ob in kulturellen Wertorientierungen die Mehrheiten sich vor Minderheiten zu beugen haben oder die Minderheiten sich den Mehrheiten anpassen sollten. - In derselben Stadt gab es ein evangelisches Jugendzentrum, eine Art Jugendakademie für die übergemeindliche offene Jugendbildungsarbeit. Alsbald wurde es für die Jugendlichen aus islamischen Familien geöffnet, damit sie einen Treffpunkt mit deutschen Jugendlichen hätten. Aus den islamischen Familien kamen aber nur männliche Jugendliche. Die Mädchen mussten zu Hause bleiben. Die deutschen Mädchen blieben dann freiwillig zu Hause, bald danach auch die deutschen Jungen. Integration ausschließlich nach den Bedingungen derer, die neu in die Stadt gekommen waren. - Später wurde eine Moschee gebaut. Darüber kam es zu einer öffentlichen Diskussion. Die Evangelische Kirche hat zum Frieden geraten und aus der bei uns geltenden Religionsfreiheit heraus das Recht der Muslime zum Bau ihrer Moschee betont. Nach gründlichen Überlegungen hat einer ihrer örtlichen Repräsentanten die Einladung zur Einweihung angenommen und einen Leuchter mitgebracht mit der Botschaft „Jesus Christus ist das Licht der Welt“. In einer Diplomarbeit über „Neue Sakralarchitektur des Islam in Deutschland“ von Sabine Kraft, die auch im Internet eingestellt ist, heißt es

aber, dass bei der Einweihung „Bischöfe beider Konfessionen Grußworte überbrachten“. Das war zwar damals gewünscht worden, ist aber absichtlich so nicht geschehen. Die Autorin hat sehr gründlich recherchiert. Wer hat ihr die Falschmeldung gegeben? Sicher nicht die Bischofskanzleien in Freiburg und Karlsruhe. Das weckt Verdacht.

Muslime aus der Türkei sind die größte Gruppe der Menschen unter uns, die dem Islam verbunden sind. Hinzu kommen aber Muslime aus dem Iran, aus Afghanistan, aus den arabischen Ländern. Ihr Anteil an der deutschen Bevölkerung ist nicht genau auszumachen. Auch deutsche Konvertiten in den Islam aus anderen Religionen und aus der Religionslosigkeit sind hinzuzuzählen.

II.

Der Islam – was für eine Religion ist das?

1. Der Islam ist eine stolze Religion

Er nimmt für sich in Anspruch, die abschließende Offenbarung der Wahrheit Gottes zu sein. Er überbietet Judentum und Christentum, die ihm historisch voraus gehen, aber nun von ihm überholt sind. Mit ihm ist die Offenbarungsgeschichte Gottes an ihr immanentes Ende gekommen Er versteht sich als die Ur-Religion schlechthin, die Einlösung aller religiösen Erwartungen und Versprechungen. Wo er hinkommt, da führt er die Menschen zu ihrer wahren Bestimmung.

Nach seinem Selbstverständnis entspricht der Islam der gottgeschaffenen Natur des Menschen. Darum gehört er überall hin, wo Menschen leben und ist nirgendwo fremd. Wo immer er heute steht und künftig stehen wird, da ist er virtuell schon immer gewesen und darum mit Recht jetzt da und künftig auch dort. Das gilt für die nordafrikanischen Staaten ebenso wie für den Balkan, für die ehemaligen islamischen Territorien in Spanien ebenso wie neuerdings für Düsseldorf, Hamburg und Berlin.

Darum hat der Islam ein geradezu natürliches Recht auf fremdes Land und Gut. Denn durch ihn wird die ursprüngliche Bestimmung eines jeden Volkes zur Wahrheit und

Wirkung gebracht, wird nur öffentlich wiederholt, was schon immer wahr war. Der Ruf des Muezzin bringt das zum Ausdruck: Fünfmal täglich die Proklamation der Allah-Herrschaft. Mit ihr wird das Land dem Gott der Muslime unterworfen. *Gott Allah ist größer als alles und mit nichts vergleichbar. (4x) Ich bezeuge, dass es keine Gottheit gibt außer Gott. (2x) Ich bezeuge, dass Muhammed Gottes Gesandter ist. (2x) Eilt zum Gebet. (2x) Eilt zum Heil, zum Erfolg. (2x) Gott ist größer als alles und mit nichts vergleichbar. (2x) Es gibt keine Gottheit außer Gott Allah. (1x)* Mit dieser Herrschaftsproklamation unterscheidet sich der Ruf des Muezzins kategorial vom Glockengeläut der christlichen Kirchen, das die Menschen zum Gebet ruft.

2. Der Islam ist eine missionarische Religion

Die Welt ist überall dort im Elend, wo der Islam noch nicht oder nicht mehr aktiv und bestimmend ist. Aber die Welt kommt zum Guten, wenn sich der Islam weltweit ausbreitet. Wo Islam ist, da ist Glück, Friede, Zufriedenheit, Gerechtigkeit. Diese Aussicht ist so wichtig, dass sie notfalls auch mit Gewalt verfolgt werden kann. „*Djihad*“ meint eben beides: die religiöse Verinnerlichung und den Kampf gegen die Ungläubigen. Auch „*taqiyya*“ ist angebracht, erlaubt, geradezu geboten; „*taqiyya*“ ist die bewusste Täuschung und Verstellung in der Auseinandersetzung mit den Ungläubigen.

Man sagt, die muslimische Mission sei eine tolerante gewesen und verweist dazu gerne auf Spanien. In Nordafrika war es anders; das darf nicht verschwiegen werden. Auch in Spanien haben muslimische Eroberer und jüdisch-christliche Altbevölkerung keineswegs so friedlich zusammen gelebt, wie es sich der rückwärts gewandte Traum wünscht. Den Nichtmuslimen waren die Zugänge zu politischen Ämtern versperrt, sie mussten öffentlich durch ihre Kleidung ihre nichtmuslimische Religion zu erkennen geben, durften nur Esel und Maultiere und keine Pferde reiten, mussten selbstverständlich aufstehen, wenn ein Muslim sich setzen wollte, durften keine Waffen tragen und hatten sogenannte Schutzzölle zu zahlen, deren Höhe ein willkommenes Einkommen für die Muslime war, sodass eine Bekehrung der Juden und Christen zu Allah gar nicht im Interesse der Muslime lag.

Islamische Mission zielt nämlich nicht auf Bekehrung der Herzen und Gewissen der Menschen wie die Mission der Christen. Es geht ihr um die Etablierung der muslimischen Rechtsordnung, um die Realisierung einer Gesellschaftsordnung nach den Regeln der Scharia.

Es geht nicht um den einzelnen Menschen und dessen Verantwortung vor Gott und den Mitmenschen. Es geht vielmehr um ein religiös bestimmtes Gruppenbewusstsein. Die religiöse Gruppe, die „*umma*“, steht für die Wahrheit, nicht der einzelne Mensch. Die Würde der Gruppe ist vorrangig vor der individuellen Würde ihrer Mitglieder. Darum sind in den Menschenrechtserklärungen islamischer Staaten und Staatenbünde die individuellen Menschenrechte dem Scharia-Recht untergeordnet. Darum ist der Weggang vom Islam in die Glaubenslosigkeit oder in eine andere Religion Staats- und Hochverrat und mit der Todesstrafe bedroht.

Die Reconquista im Hochmittelalter wird gerne als eine christliche Gegenmission mit gewaltsamen und militärischen Mitteln ausgegeben. Das ist falsch. Es handelt sich um ein unkontrolliertes Sammelsurium kriegerischer Einzelaktionen. Christen kämpften gegen Mauren, aber auch mit Mauren zusammen gegen andere Christen und Mauren wiederum gegen Mauren mit Christen als Verbündeten. Erst die in Deutschland nach den napoleonischen Kriegen aufgekommene Iberophilie der Romantik hat dieser Zeit die übergreifende Idee intoleranter christlicher Gegenmission unterstellt. Auch die Rühmung maurischer Gelehrsamkeit ist nicht frei von unhistorischem Klischeedenken. Zweifelsohne gehören Gelehrte wie *Ibn Hazm* und *Ibn Rushd (Averroes)* von Toledo zu den Denkern, denen das Abendland viel zu verdanken hat. Sie waren aber Außenseiter des Islam, ihre Schriften wurden verbrannt, ihr Einfluss auf islamisches Denken war minimal.

3. Der Islam ist eine politische Religion

Wer durch Hauptstädte der reichen Ölstaaten am Golf fährt, bekommt Gebäude gezeigt, in denen das „Ministerium für Religions- und Rechtsfragen“ untergebracht ist. Das sind nicht zwei Ministerien in einem gemeinsamen Gebäude wie bei uns etwa Finanz- und Kultusministerium, sondern es ist eben ein einziges Ministerium, das für Religions- und Rechtsfragen zugleich zuständig ist. Religionsausübung und staatliches Recht sind nicht getrennt, sondern bilden eine Einheit.

Die Geschichte lehrt: Die Verbindung von Mission und Politik ist eine gefährliche Mischung. Gewalt wird in den Dienst der Religion gestellt, Religion kann gewalttätig entarten. Das weiß das Christentum nur zu gut. In jeder Talk-Show zum Thema wird mit anklagender Miene von der Blutspur der Kreuzzüge geredet. Verschwiegen wird aber, dass diesen eine blutige muslimische Eroberung der sog. heiligen Stätten in Palästina vorausging und ein Verbot christlicher Wallfahrten in das Heilige Land. Verschwiegen wird auch, dass es innerhalb des Christentums zu allen Zeiten Reformbewegungen gab und etwa in der heutigen Friedensbewegung gibt, die gegen die Gewalttätigkeiten im Namen des Christentums aufgetreten sind. Im Islam gibt es solche Friedensbewegungen nicht. Verschwiegen wird auch, dass sich Papst Johannes Paul II. im Jahr 2000 mit einer mea-culpa-Erklärung von den Kreuzzügen distanziert und ein Jahr später im Mai 2001 in der Omajjaden-Moschee in Damaskus die Muslime um Vergebung gebeten hat. Die Scharfrichter der deutschen Medienszene wissen und beachten das ebenso wenig wie die Muslimführer in Deutschland.

Man muss auch differenzieren zwischen einer Gewaltanwendung zu Gunsten angegriffener Menschen, die größeres Übel verhindern will, und einer Gewaltanwendung zur Ausbreitung der religiösen Botschaft. Das sind grundsätzlich verschiedene Prinzipien. Oft genug wurden sie nicht rein durchgehalten. Aber gerade deshalb muss man die christlich legitime „Androhung und Ausübung von Gewalt“ zur Bewahrung und Herstellung von „Recht und Frieden“ (Barmer Theologische Erklärung Artikel 5) deutlich unterscheiden von der nicht legitimen Gewalt zur Ausbreitung des Glaubens.

Wenn Religionen durch Gewalt pervertieren, kommen sie nur in Ordnung, wenn sie sich ihrer Ursprünge erinnern. Von ihren Ursprüngen her muss ihre Gegenwart geklärt werden. Am Ursprung des Christentums steht der mittellose und ehelose Wanderprediger Jesus von Nazareth. Am Ursprung des Islam steht der erfolgreiche Kaufmann Mohammed, der mit mehreren Frauen verheiratet war. Jesus ließ sich für seine Sache selbst zu Tode bringen. Mohammed hat für seine Sache andere Menschen zu Tode bringen lassen. Christliche Märtyrer haben ihr Leiden immer als eine Teilhabe am Leiden Christi verstanden. Sie haben es nicht aktiv gesucht, sondern passiv erdulden müssen. Im Leiden wie Christus werden – das gab ihrem Leiden Sinn. Der Märtyrer des Islam ist dagegen ein aktiver Kämpfer. Er setzt sein Leben bewusst aufs Spiel, um seiner Religion zur Ausbreitung zu verhelfen und möglichen Widerstand dagegen auszurotten. Darum

erwartet ihn nach seinem Tod eine Belohnung, die ihm das Sterben für seinen Glauben lohnenswert macht.

4. Der Islam ist eine ehrsüchtige Religion

Die stolze Religion erwartet Respekt. Ihre Ehre darf nicht angetastet werden. Im Januar 2007 haben die Muslimverbände ein lange geplantes Gespräch mit dem EKD-Ratsvorsitzenden platzen lassen, nachdem sie den EKD-Text 86 „Klarheit und gute Nachbarschaft. Christen und Muslime in Deutschland“ (Hannover 2006) gelesen hatten. Ein ähnliches Zeremoniell von emotionaler Entrüstung und selbstbedauernder Beleidigtenpose wurde vor dem Islamgipfel des Bundesinnenministers aufgeführt. Dabei geht es Bischof Huber wie Minister Schäuble um tragfähige Absprachen zum Zusammenleben der Muslime mit den Nichtmuslimen in Deutschland. Der Klärungsbedarf ist enorm. Aber er wird zunächst einmal heftig mit Empörungsritualen zugedeckt. Muslimische Ehre erwartet, dass kritische Fragen gleich gar nicht gestellt werden. Man wirft der Mehrheitsbevölkerung ungeniert mangelnde Integrationsbereitschaft vor, wenn sie die Forderungen der Minderheit nicht blind akzeptiert, sondern darüber diskutieren will.

Es gilt die Regel: Niemals eine eigene Schwäche zugeben, ein eigenes Straucheln oder gar Scheitern. Verantwortung für Probleme tragen immer die anderen. Lehrerinnen und Lehrer der Grund- und Hauptschulen können abendfüllend erzählen, wie empörte Väter auf normale schulische Sanktionen bei ihren Kindern, insbesondere den Söhnen reagieren. Schämen müssen sich immer die anderen. Wenn sich keineswegs mehr bestreiten lässt, dass ein Türkenbub seine Lehrerin als Schlampe oder Hure beschimpft hat, was nicht selten geschieht, dann ist die Lehrerin selbst schuld daran.

Der islamische Anspruch auf Ehre ist durch die wissenschaftlich-technische Zivilisation zutiefst irritiert worden. Die industrielle Globalisierung ging vom Abendland und von Nordamerika aus und hat den fernen Osten erfasst. Sie ging aber an den islamischen Staaten vorbei, obwohl vor allem die arabischen Staaten mit ihrem Erdöl einen wichtigen Treibstoff der Globalisierung liefern. Wunsch und Wirklichkeit brechen also auseinander. Den Allmachtsphantasien stehen Ohnmachtserfahrungen gegenüber. Ein „Kollektiv von radikalen Verlierern“ hat Hans Magnus Enzensberger die Islamisten genannt. Sie

empfinden sich als soziale und politische Verlierer der Weltgeschichte und pflegen zugleich das Selbstbild einer höheren ethischen und kulturellen Berufung. Die Folgen davon sind Verschwörungstheorien, Schuldzuweisungen, Beleidigungen, extreme Reizbarkeit, Diskriminierung anderer – und eben auch Terror. Der Terrorist ist ein viel beachteter und gefürchteter Mensch, sogar irdischer Gerechtigkeit entzogen, weil er sich selbst richtet.

III.

Regeln für ein Zusammenkommen in „guter Nachbarschaft“

Welchen Sinn macht es, von einer Integration der Anhänger dieser Religion in unsere kulturellen Verhältnisse zu reden?

Klar ist, dass unsere Demokratie keine Parallelgruppen dulden darf, die antidemokratische Tendenzen verfolgen. Es genügt nicht, wenn Zustimmung zu den Wertentscheidungen des Grundgesetzes öffentlich erklärt wird, unter der Decke dieser Zustimmung aber grundgesetzwidriges Verhalten z. B. in den Familien fortgesetzt wird. Die Freiheitsgewährungen des Grundgesetzes sind keine verbalen Proklamationen ohne individuelle Inpflichtnahmen, sondern es sind Handlungsmaximen für die staatlichen Organe gewiss, aber ebenso für alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Es kann uns nicht gleichgültig sein, mit welchem Frauenbild etwa mehrere Generationen lang junge Muslime heranwachsen. Man mag das Schächten frei geben, die Gleichberechtigung von Frauen darf aber nicht zur Disposition stehen.

Gleichwohl dürfen die Integrationsbemühungen die Wurzeln nicht einfach abschneiden, aus denen die Migranten leben. Minderheiten besinnen sich umso intensiver ihrer Herkunft, je fremder ihnen die Mehrheitsgesellschaft ist, in die sie kommen. Einer der fatalen Irrtümer rot-grüner Multikulturalpolitik war die Erwartung, die Immigranten würden sich rasch der religiösen Gleichgültigkeit anschließen, die in Deutschland ausgebrochen war und die mit dem Verzicht auf den Gottesbezug im Amtseid damals auch noch regierungsamtlich gefördert wurde. Das Gegenteil ist eingetreten: Viele muslimische Zuwanderer haben den Islam erst in Deutschland wieder entdeckt, als sie ihrer selbst unsicher geworden waren. Die zweite Generation hat von ihren Eltern ein dumpfes Unbehagen an unserer Kultur übernommen und sich mit dem Islam als Gegenmittel

vertieft beschäftigt. Das hat die empfundene Fremdheit verstärkt und das Einleben in die neuen Verhältnisse noch mehr erschwert. Jetzt bricht in der dritten Generation oft genug sogar Zorn über die Mehrheitsgesellschaft aus. Denn vielen ist es nicht gelungen, in ihr ihren Platz zu finden. Integration wird abgelehnt. Pauschal wird über Diskriminierung geklagt, von den Deutschen eifertig ein Antidiskriminierungsgesetz gemacht und völlig unterschlagen, dass es hierzulande z. B. keine Diskriminierung aus religiösen Gründen gibt; aber mit der Aufnahme dieses Begriffs in das Gesetz agiert man so, als gäbe es sie.

Ich schlage vor: Wir verzichten auf das Wort Integration und sagen mit der EKD zusammen „gute Nachbarschaft“. Und wir suchen verbindliche Absprachen über Wertorientierungen, die gute Nachbarschaft ermöglichen, Wertorientierungen, die sich als Grundlagen gemeinschaftlichen Lebens bei uns bewährt haben und darum auch den Muslimen eine Teilhabe an unserem Leben ermöglichen. Das Ziel „Gute Nachbarschaft“ ist von dem Verdacht einer Integration frei, die die Integrierten letztendlich unkenntlich werden lassen könnte. Ich habe nichts gegen China-Towns und andere national-kulturelle Varianten, wenn die Grenzen solcher Stadtteile nicht nur Trennungen markieren, sondern zugleich Begegnungen auf der Basis einer gemeinsamen Wertorientierung ermöglichen. Der Leitbegriff „gute Nachbarschaft“ leistet mehr als der zu Unrecht oft kritisiert gewesene Begriff „Leitkultur“. Denn er ist alltagstauglicher, was sich an den Regeln für gute Nachbarschaft zeigen lässt. Es geht nicht um die Unterwerfung Fremder unter unsere Kultur, sondern um deren Teilhabe an ihr zu ihrem eigenen Vorteil.

Wer soll der Partner solcher Absprachen über Regeln für „gute Nachbarschaft“ sein? Die Muslimverbände. Das sind keine idealen Partner, worüber noch zu reden ist. Aber es gibt keine anderen! Welches sind die Werte, die nach unserer Erfahrung in unserem Lande gute Nachbarschaft begründen? Worüber sind also Absprachen zu treffen?

1. Menschenwürde

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Artikel 1 Satz 1 des Grundgesetzes kann nicht zur Disposition stehen. Unter seinem Schutz stehen auch alle Nichtdeutschen, aus welchen Gründen auch immer sie zu uns gekommen sind. Er gilt auch für die Muslime. Er gilt unterschiedslos allen Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer weltanschaulichen oder religiösen

Einstellung, ihrer Rasse, Hautfarbe usw. Von den Muslimen muss ein Bekenntnis zu dieser uneingeschränkten Geltung des ersten Satzes unserer Verfassung verlangt werden.

Das hat Konsequenzen. Z. B. in der Frauenfrage. Frauen sind den Männern gleichberechtigt. Ihre Wegschließung aus der Öffentlichkeit ist Verstoß gegen unsere Verfassung. Hier liegt eine immense Bildungsaufgabe. Wir müssen bereit sein, Frauenbildung für Muslime zu organisieren. Die Muslimverbände müssen uns darin unterstützen, dass sie die Frauen zur Teilnahme an den Bildungsprogrammen motivieren.

Andere Konsequenz: Der Islam teilt die Menschheit in drei Gruppen ein: (1) Muslime, (2) Christen und Juden als Anhänger einer „Buchreligion“, (3) Ungläubige. Die hier lebenden Muslime mögen in ihrem Denken so unterscheiden. Das können wir ihnen nicht verbieten. Wir können aber von ihnen eine bindende Erklärung verlangen, dass sie unserem Staat das Recht zugestehen, diese Unterscheidung in seinem Handeln nicht zu beachten. Christen müssen es aushalten können, dass sie von Muslimen als Unbeschnittene und Schweinefleischesser scheinlich angesehen werden. Der Staat aber darf für sein Handeln solche Differenzierungen nicht zulassen.

Noch eine Konsequenz aus Artikel 1,1 GG: Arrangierte Ehen verstoßen gegen die Menschenwürde. Unser Staat versucht das, über die Begrenzung des Zuzugsalters zu regeln. Die Muslimverbände sollten sich darüber nicht erregen. Sie könnten auch verbindlich erklären, dass sie auf die Familien hier und im Herkunftsland entschieden einwirken, die Praxis arrangierter Ehen zu unterlassen und im Falle von Verstößen dagegen Sanktionen zu erlassen, so wie sie ja auch rasch eine *Fatwah* aussprechen können, wenn sie meinen, von Künstlern beleidigt zu werden.

Beim Bekenntnis zur Menschenwürde muss dann auch das Verhältnis zwischen Grundgesetz und Scharia geklärt werden. Der Anfang 2006 in Baden-Württemberg eingeführte Leitfaden für die Einbürgerungsgespräche hat auf der Ebene des gelebten Alltags genau diese Absicht verfolgt. Manchen Muslimen scheint der weltanschaulich neutrale Staat nur eine Übergangserscheinung zum Scharia-Staat zu sein. Sie beklagen ethische Indifferenz, die in der Tat beklagenswert ist. Ihr kann aber nur mit dem offenen Diskurs über die Reichweite der Menschenwürde abgeholfen werden, nicht aber mit deren Einschränkung. Nach den Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen ist Baden-Württemberg das Flächenland in der Bundesrepublik mit dem höchsten Ausländeranteil

noch vor Hessen und Nordrhein-Westfalen (12,1 % gegen 11,5 % und 10,9%). Es hat mit dem Leitfaden Pionierarbeit geleistet; nach anfänglicher Beschimpfung haben inzwischen alle Bundesländer den Sinn solcher Bemühungen um Klärung erkannt und entsprechende Regelungen getroffen.

2. Religionsfreiheit

Wenn deutsche Nichtmuslime den Islam als ihre Religion erkennen und Muslime werden, werden sie alsbald in den Muslimverbänden mit Führungsaufgaben betraut. und von den Medien hofiert. Wenn in Deutschland Muslime zum Christentum konvertieren und sich taufen lassen, müssen sie aus ihren Familien und Freundschaften fliehen und sich verstecken; sie sind mit der Strafe des Todes bedroht. Das ist ein unerträglicher Zustand. Von der von unserem Grundgesetz garantierten Religionsfreiheit leben auch die Muslime in Deutschland und dagegen kann niemand etwas haben. Religionsfreiheit heißt auch Freiheit zum Wechsel der Religion und Freiheit zu einem bewusst religionslosen Leben. Dabei geht es nicht nur darum, einer Religion anhängen zu dürfen, ohne dass der Staat oder andere darauf Einfluss nehmen dürfen. Es geht auch darum, sich öffentlich zur eigenen Religion bekennen und für sie werben zu dürfen. Die Moscheen sind auf dem Boden unserer Religionsfreiheit gebaut. Unsere Gerichte waren und sind mit Speise- und Kleiderfragen des Islam beschäftigt. Er nimmt also Religionsfreiheit für sich intensiv in Anspruch. Noch mal: Dagegen ist nichts einzuwenden. Aber was der Islam für sich in Anspruch nimmt, muss er anderen gewähren.

Hierüber muss es zu verbindlichen Absprache kommen. Ich schlage vor, dass die christlich-islamischen Freundeskreise dafür sorgen, dass in jeder Moschee eine Person benannt wird, an die sich potentielle Konvertiten ohne Angst wenden und deren Hilfe in Anspruch nehmen können. Im Vorfeld sollen auch Pfarrerinnen und Pfarrer die Möglichkeit haben, mit dieser Person zunächst auch anonym über eine Konversion zu sprechen und zu überlegen, wie eine Schutzatmosphäre für den Konvertiten aufgebaut werden kann.

Die christlichen Kirchen werden nicht müde werden, Christenverfolgungen in islamischen Ländern öffentlich anzuprangern und für die Verfolgten und ihre Verfolger zu beten. Bei uns wehren sich die Muslimverbände häufig gegen angebliche pauschale Verdächtigungen

des Islam. Eine Kooperation der Verbände mit den Kirchen zum Schutz von Konvertiten wäre die beste Gegenwehr gegen die behaupteten Pauschalurteile.

Dass solches gelingt, liegt auch im Interesse unseres Staates. Er versteht sich als religionsneutraler Staat. Aber er ist daran interessiert, dass die Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsverbände in ihm leben und arbeiten können. Er will kein religionsloser Staat sein. Ihm ist es wichtig, dass seine Bürgerinnen und Bürger ein waches Gewissen haben und sich für das Gemeinwesen verantwortlich fühlen und handeln. Oft wird den Kirchen vorgeworfen, sie würden staatlich privilegiert. Das stimmt nicht. Die Kirchen werden im Grundgesetz nicht einmal erwähnt! Es ist von Religionsgemeinschaften die Rede und von Vereinigungen, die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe machen. Solche Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften können Körperschaften des öffentlichen Rechts werden. Die Voraussetzungen dafür sind einfach zu erbringen. Der Islam tut sich aus historischen Gründen damit schwer. Wenn er aber Gleichberechtigung mit den Kirchen in Deutschland fordert, muss er seine Organisationsaufgaben lösen. Sonst müssen seine Forderungen als unehrliche Schlagzeilenhysterie abgetan werden.

3. Kopftuch

Für die Begegnungen zwischen den Muslimen und den Deutschen spielen praktische Alltagsfragen eine ebenso große Rolle wie die Verfassungsfragen. Das Kopftuch ist auch in muslimisch geprägten Gesellschaften umstritten. Es gibt rigiden Kopftuchzwang und Kopftuchverbote, es gibt akademisch gebildete Musliminnen, die mit Stolz das Kopftuch tragen und so die Vereinbarkeit von Islam und Bildung demonstrieren wollen, und es gibt Musliminnen, die sich durch Emigration aus einem islamischen Land ihre persönliche Freiheit erkämpfen mussten und das Kopftuch als Unterdrückungssymbol verachten. Das Kopftuch ist keineswegs allein ein religiöses Symbol. Es ist in einem damit ein eminent politisches Symbol. Deshalb ist es auch in der islamischen Welt ein Streitgegenstand.

Das Land Baden-Württemberg hatte darum 1998 einer deutschen Bewerberin afghanischer Herkunft die Einstellung in den Staatsdienst verweigert. Sie wollte das Kopftuch als Ausdruck ihrer Persönlichkeit nicht mit dem Regenmantel zusammen im

Lehrerzimmer zurück lassen, sondern auch während des Unterrichts tragen. Sie hätte damit den Streit aus der muslimischen Welt in deutsche Schulen getragen. Diese sollen aber auch zum Ausgleich zwischen den verschiedenen Migrantengruppen beitragen. Darum hat das Kopftuch im Klassenzimmer nichts zu suchen.

Niemand hat etwas dagegen, wenn eine Muslima mit Kopftuch auf den Wochenmarkt geht, die Universität besucht, im Zuhörerbereich des Parlaments oder eines Gerichtes sitzt. Sie nimmt damit die bei uns geltende Religionsfreiheit in Anspruch. Darauf sind wir stolz. Die politische Symbolik des Kopftuchs kennt aber die Religionsfreiheit nicht und intendiert die Unterordnung unseres Grundgesetzes unter die Scharia. Darum ist es eine unerträgliche Vorstellung, eine Frau könne im Auftrag unseres Staates Unterricht erteilen oder als Richterin oder Anwältin tätig sein und dabei das Kopftuch tragen.

Ein Vergleich mit der Ordenstracht einer Nonne oder mit dem Kreuz an der Wand des Klassenzimmers geht ins Leere. Niemand zwingt eine Frau, Nonne zu werden und diese Tracht zu tragen. Niemals haben die dem Kreuz Christi verpflichteten Menschen die Abschaffung des Grundgesetzes gefordert. Das alles haben das Bundesverfassungsgericht in seinem Kopftuchurteil vom September 2003 und vorausgehend und dann wieder nachfolgend das Bundesverwaltungsgericht übersehen und dabei unfreiwillig geoffenbart, wie weit religiöse Naivität bereits um sich gegriffen hat.

4. Moscheen

In Deutschland werden Moscheen gebaut. In islamischen Ländern ist der Bau christlicher Kirchen nicht möglich. Das ist ein eklatanter Verstoß gegen das Gleichheitsprinzip. Das Unbehagen der deutschen Bevölkerung würde gemindert, wenn sich die deutschen Muslimverbände bei den islamischen Staaten dafür einsetzen würden, dass Christen dort Gotteshäuser bauen dürfen. Die Religionsfreiheit, auf deren Basis die Moscheen bei uns gebaut werden, ist unteilbar.

Das Unbehagen an den Moscheen hat aber noch einen anderen Grund. Was geht eigentlich in ihnen vor? Man kann den Deutschen nur empfehlen, fleißig die Moscheen zu besuchen, wenn sie denn dazu eingeladen werden. Es sind fast ausnahmslos reine

Männertreffpunkte. Dort wird gebetet, dort werden aber auch Geschäfte gemacht und politische Absprachen getroffen. Oft gibt es in räumlicher Einheit auch einen Friseur, den Buchladen, eine Teestube, ein Reisebüro, ein Beerdigungsinstitut usw. Welche Bedeutung haben die Moscheen für den Aufbau guter Nachbarschaften zwischen Deutschen und Muslimen? Sind sie kleine Inseln von Seligen, die selbstgenügsam ihre Religion leben? Oder fördern sie die kollektive Abschottung derer, die Integration vermeiden wollen? Sind sie gar Pflegestätten für Verhaltensweisen, die dem Menschenbild unseres Grundgesetzes widersprechen? Bilden sie Brückenköpfe für die weitere Islam-Expansion in Europa? Man hat den Eindruck: Je mehr Moscheen gebaut werden, desto schwerer kommen die Integrationsbemühungen voran.

Der Bau der überwiegenden Mehrzahl der Moscheen wird von der Türkisch-Islamischen Union gefördert. Das ist ein Islamverband, der unter dem Einfluss der türkischen Regierung steht. Was bezweckt diese eigentlich mit dem forcierten Moscheebauprogramm in Deutschland? Merkwürdigerweise spielt diese Frage bei den politischen Verhandlung über einen EU-Beitritt der Türkei keine Rolle. Kann die EU Mitgliedsländer aufnehmen, die die nötigen Integrationsbemühungen absichtlich hindern?

Der häufigste Namenspatron deutscher Moscheen ist Fatih Sultan Mehmet II., der Eroberer Konstantinopels, Symbolfigur des islamischen Triumphes über das christliche Byzanz. Solche Namensgebung fördert gute Nachbarschaft nicht!

5. Bildung

Deutschland ist Einwanderungsland. Das wurde lange genug verdrängt. Dafür gibt man der CDU/CSU die Schuld. Dann wurden in multikultureller Euphorie alle Immigranten quasi unter Naturschutz gestellt: sie sind eo ipso gut, böse ist, wer sich Gedanken über ihre Einordnung in unsere kulturellen Verhältnisse macht. So die Politik von Rot-Grün. Nach dem Anwerbestopp von 1973 standen unsere ausländischen Mitbürger vor einer Entscheidung: Sie konnten sich entweder als klassische Gastarbeiter verstehen und wieder in ihre Heimat zurückkehren. So haben sich 11 von 14 Millionen entschieden. Oder sie mussten versuchen, sich in Deutschland zu etablieren und dazu konsequenterweise ihre Familien nachholen. Gefördert durch neue Regelungen bei der Vergabe der

Staatsangehörigkeit hat die Mehrheit der aus der Türkei stammenden Menschen diese Entscheidung getroffen. Über ein Viertel der aus dem Ausland kommenden Menschen in Deutschland stammt aus der Türkei, unter den inzwischen eingebürgerten Menschen stehen mit 39 % diejenigen aus der Türkei an einsamer Spitze (nach ihnen 7 % aus dem Iran und 4 % aus Afghanistan). Die Folgen sind bekannt: Wir stehen vor einer geradezu epochalen Bildungsaufgabe. Sie betrifft alle – Muslime ebenso wie Deutsche. Ihr Ausmaß wird noch deutlicher, wenn man sich die Altersstruktur verdeutlicht: Der Anteil Jugendlicher unter 18 Jahren liegt bei denen türkischer Herkunft weit vor allen anderen Ethnien.

Es muss zu einer gemeinsamen Anstrengung kommen, die deutsche Sprache als unverzichtbare Basis des Zusammenlebens auch in die muslimischen Familien hinein zu bringen. Die sprachlichen Fortschritte der Kinder in den Schulen sind unmittelbar davon abhängig, ob sie zu Hause auch mit ihrer Mutter deutsch sprechen können. Die Akzeptanz der Männer am Arbeitsplatz, die Zuwendung zu Frauen beim Einkauf – es führt kein Weg am Erlernen der Sprache vorbei. Viele Initiativen sind auf dem Wege. Muslime beteiligen sich auch. Die Verbände stehen aber zumeist abseits.

Die muslimischen Verbände fordern hin und wieder einen Religionsunterricht, damit der Islam in den Schulen endlich mit dem Christentum gleichberechtigt werde. Sie sollten diese Forderung nicht mit anklagendem Unterton gegen unseren Staat erheben. Denn dieser will den islamischen Religionsunterricht. Seine breite Einführung scheitert bislang aber daran, dass sich der Islam die dazu erforderliche Organisationsstruktur nicht geben konnte. Hier liegt also eine Aufgabe für die Muslimverbände.

Eine unverzichtbare Bildungsaufgabe ist es für uns Deutsche, bei den Muslimen dafür zu werben, dass wir ein besonderes Verhältnis zum Judentum und zum Staat Israel anstreben. Dieses gehört aus Gründen historischer Verantwortung unverzichtbar zu unseren kulturellen Orientierungsdaten. Wir werden von den Muslimen nicht verlangen, dass sie das Judentum und den Staat Israel lieben lernen – so gut das auch für den Weltfrieden wäre. Aber wir müssen erwarten, dass Antisemitismus und Israelfeindschaft nicht unterstützt werden. Die israelischen Kultusgemeinden in Deutschland sind Beispiele dafür, wie Integration unter Bewahrung religiöser Identität gelingen kann. Solches müsste auch Muslimen möglich sein.

IV.

Die Muslime und die Muslimverbände

Was können die Muslimverbände leisten? Das ist eine entscheidende Frage. An den Bemühungen um gute Nachbarschaft sind einzelne Muslime und muslimische Gruppen beteiligt. Vermutlich wird vor Ort mehr gute Nachbarschaft gelebt, als die politische Diskussion glauben macht. Es gibt landauf landab gute nachbarschaftliche Erfahrungen. Das darf aber nicht daran hindern, auch in den überörtlichen Zusammenhängen den Gedanken der guten Nachbarschaft wirksam werden zu lassen. Hier sind die Verbände in einer Kooperationspflicht. Sie sind sehr vielfältig, ziemlich unterschiedlich, oft auch uneins. Vor allem: Die Muslimverbände sind ganz schnell, wenn es darum geht, Ansprüche gegen die Mehrheitsgesellschaft zu stellen und Kritik an ihr zu üben. Regelmäßig fordern sie, dass sie ernst genommen werden sollen. Das geschieht, wenn sie als offizielle Verhandlungspartner in Anspruch genommen werden. Mehr Autorität kann ihnen gar nicht entgegengebracht werden.

Im April 2007 haben vier muslimische Verbände einen Koordinierungsrat der Muslime (KRM) gegründet. Die vier Verbände sind im Koordinierungsrat mit je zwei Personen vertreten, die Türkisch-Islamische Union, die unter starkem Einfluss der türkischen Regierung steht, mit drei Personen. Der Vorsitz wechselt halbjährlich. Erster Vorsitzender von April bis September 2007 war Ayub Axel Köhler, ein deutscher Konvertit zum Islam, der besonders gerne Empörungen und Enttäuschungen über den EKD-Ratsvorsitzenden Bischof Dr. Huber äußert. Sein Nachfolger ist Bekir Alboga von der Türkisch-Islamischen Union, der sich mit scharfer Polemik gegen die evangelikalen Christen einen Namen gemacht. Der Islamrat will auf der Ebene mit dem Staat verhandeln, auf der auch die Kirchen und die anderen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften mit dem Staat verhandeln. Er hat die ihm angeschlossenen Organisationen und Moscheevereine zu einem jährlichen Tag der offenen Moschee aufgerufen und zwar am 3. Oktober, dem deutschen Nationalfeiertag. Das ist eine klare Botschaft: Wir sind hier, wir erwarten Beachtung, wir fordern Gleichberechtigung.

Das muss man ernst nehmen. Die Themenbereiche sind benannt, die für den Aufbau guter Nachbarschaft wichtig sind. Es bleibt freilich ein Problem. Von den rund 3,2 Millionen Menschen muslimischer Prägung in Deutschland sind nur etwa 10 bis 15 % in

Moscheevereinen und anderen Organisationen zusammengeschlossen. Es klafft also ein Unterschied zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Selbst wenn man den Organisationsgrad kühn verdoppeln würde, dann stehen hinter dem Vorsitzenden des Koordinierungsrats rund 1 Million Muslime, hinter dem Vorsitzenden der Deutschen (katholischen) Bischofskonferenz und hinter dem Ratsvorsitzenden der EKD jeweils mehr als 25 Millionen Menschen. Zwischen dem Selbstanspruch der Verbändevertreter und der gelebten Wirklichkeit klafft also eine große Lücke, die von unseren Medien geflissentlich übersehen wird.

Der Islam ist in Deutschland angekommen. Es führt kein Weg an der Aufgabe vorbei, gute Nachbarschaft zu leben. Die dabei hilfreichen Regeln sind benannt. Sie sind hilfreich für beide Seiten. Es gibt keine Gründe, weder quantitative noch qualitative, diese Regeln zu verändern. Die Veränderung dieser Regeln würde die intendierte gute Nachbarschaft vielmehr aufs höchste gefährden.

V.

Notwendige theologische Aspekte

Der Staat hat nicht die Aufgabe, die theologische Diskussion mit dem Islam zu führen. Aber es gibt – wie sich gezeigt hat – immensen Verhandlungsbedarf, damit das Ziel der guten Nachbarschaft erreicht wird. Für diese Verhandlungen ist es nötig, in den theologischen Fragen einigermaßen Bescheid zu wissen.

Wer die theologischen Fragen genauer markiert, sieht sich rasch dem Vorwurf mangelnder Toleranz ausgesetzt. Das ist absurd. Tolerieren heißt dulden, ertragen, zulassen. Für gute Nachbarschaft ist das zu wenig, zu wenig Interesse am Nachbarn, zu wenig Bemühen, ihn zu verstehen. Erst die von der EKD geforderte „Klarheit“ macht die von ihr intendierte „gute Nachbarschaft“ möglich.

1. Die Heiligen Schriften

Die Christen bezeichnen ihre Bibel als Heilige Schrift, der Islam seinen Koran. Der wesentliche Unterschied ist: Der Koran gilt selbst als die Offenbarung, die Bibel gilt als das Zeugnis der Offenbarung. Der Koran ist in sich selbst heilig, die Bibel nur in abgeleiteter Weise. Offenbarungsträger im Christentum ist Jesus Christus selbst. Muslime eignen sich den Koran rezitierend an, Christen eignen sich die Bibel reflektierend an.

Darum wurde in der Geschichte der Christenheit von Anfang an nach angemessenen Auslegungsmethoden für die Bibel gesucht und gegebenenfalls auch darüber gestritten. Die historisch-kritische Bibelforschung der Neuzeit hat den Glaubenden gewiss manche Probleme zugemutet. Sie hat aber insgesamt das Verstehen der Bibel gefördert und uns ihren Reichtum nahe gebracht. Solcher Umgang mit dem Koran ist dem Islam fremd. Bereits die Übersetzung aus dem arabischen Urtext in eine andere Sprache gilt als Abweichung von der geoffenbarten Wahrheit.

Die Heimat des Korans ist eine ländlich-nomadische Clangesellschaft. In Europa lebende und der hiesigen Kultur zugetane Muslime fordern daher einen historisch-kritischen Umgang mit dem Koran. Nur so könne sich der Islam seines beduinischen Erbes entledigen. Zu diesem gehört z. B. die Tötung eines Stammesmitglieds, das in einen anderen Stamm übergehen will, damit den eigenen schwächt und den anderen stärkt. Aus dieser Verhaftung in den beduinischen Ursprüngen erklärt sich auch das Frauenbild; die uneingeschränkte politische und sexuelle Verfügbarkeit der (oft mehreren) Frauen für den Mann soll den Bestand der Glaubensgemeinschaft (*umma*) sichern. Was in der Beduinenkultur noch verständlich erscheint, ist es in der urbanen neuzeitlichen Kultur ganz gewiss nicht. Das würde rasch zutage treten, wenn auf den Koran wissenschaftliche Auslegungsmethoden mit historischer Kritik angewandt werden dürften.

Der Koran nimmt immer wieder Bezug auf das AT und auf das NT. Aber erzählt nicht wie die Bibel die Geschichten Gottes mit den Menschen, in denen Gott um das Vertrauen der Menschen wirbt. Die Mitteilungsform Gottes ist im Koran das Gesetz, die „Rechtleitung“; die Lebensgestalt der Gläubigen ist die Unterwerfung.

2. Gottesvorstellungen

Es ist bekannt, dass der Islam Jesus von Nazareth als Propheten ehrt, aber nicht – wie die Christen – als Sohn Gottes anbetet und als den Offenbarer Gottes glaubt. Christliche Theologie und Kirche haben ganz früh begonnen, die Trinitätslehre zu entwickeln. Nur sie kann das biblisch bezeugte Offenbarungsgeschehen in Jesus von Nazareth denkerisch angemessen zum Ausdruck bringen. Christliche Theologie ist trinitarische Theologie. Aus diesem Grunde steht in der traditionellen Dogmatik die Trinitätslehre am Ende als Höhe- und Zielpunkt allen dogmatischen Denkens. Aus demselben Grunde hat sie Karl Barth an den Anfang seines großen dogmatischen Werks gestellt. Auf ihr ruht alles dogmatische Denken auf. Die Trinitätslehre ist also nicht ein Zwischenschritt vom Polytheismus weg und zum Monotheismus hin. Vielmehr hat die Trinitätslehre intellektuelle und spirituelle Kräfte entbunden und die theologische Lehre ebenso wie den kirchlichen Kultus, die persönliche Frömmigkeit der Glaubenden ebenso wie die gemeinschaftliche Diakonie charakteristisch geprägt.

Die stürmische Expansion des frühen Islam wurde dadurch begünstigt, dass christliche Kirchen im Mittelmeerraum die anspruchsvolle Höhe der Trinitätslehre verlassen hatten. Ihre Theologie war zu einer Jesus-Vorbild-Ethik geworden. Man kann den Islam als den radikalen Vereinfacher des christlichen Glaubens bezeichnen. Als solcher hatte er damals leichtes Spiel. Als solcher begeistert er heute Europäer auf der Suche nach den einfachen Wahrheiten.

Es ist falsch, im Monotheismus einen gemeinsamen Kern von Judentum, Christentum und Islam auszumachen. Dagegen müssten sich auch die Juden und die Muslime wehren. Denn dieser Monotheismus ist ein philosophisches Konstrukt der Aufklärung. Er war immer nur Theorie, nie gelebte Frömmigkeit.

Die deutlichen Unterschiede in der Lehre von Gott verbieten gemeinsame Gebete von Christen und Muslimen, bei denen Texte beider Religionen zu sprachlichen Mischtexten zusammengeführt werden, die abwechselnd von Personen der einen und der anderen Religion gesprochen werden. „Interreligiöses Beten“ nennt man das gerne. Christen können nicht an Jesus Christus vorbei beten; er allein hat das Gebet zu seinem Vater für uns Nichtjuden eröffnet. Muslime wiederum können nicht zu dem trinitarischen Gott

beten. Wenn öffentliche Anlässe – etwa große Unfälle oder Schulfeiern oder kommunale Jubiläen – die Angehörige beider Religionen betreffen, betend vor Gott gebracht werden sollen, dann müssen das jeweils in sich abgeschlossene christliche und muslimische Gebete sein; die Angehörigen der anderen Religion sind dabei und zeigen respektvolles Verhalten, stimmen aber nicht in die Worte mit ein. Man kann das ein „multireligiöses Beten“ nennen.

Beten ist nicht gleich Beten, selbst wenn dieselben Worte gebraucht werden. Gott als Adressat des Betens und die Betenden selbst setzen Unterschiede, die um der Ehrlichkeit willen beachtet werden müssen. Die Einladung zum Freitagsgebet ist in Moscheen, die der Tradition verpflichtet sind, eine Einladung zu einer reinen Männerveranstaltung, die primär der Befestigung des Islam und nur sekundär der inneren Erbauung der Gläubigen dient.

3. Mission

Christentum und Islam zeichnen sich gegenüber allen anderen Religionen dadurch aus, dass sie einen missionarischen Willen haben. Nur darum haben sie die Jahrhunderte überlebt, weil sie sich nicht einfach wie ein Verein oder ein Zweckbündnis durch neue Mitglieder ergänzen wollten, um nicht auszusterben. In ihrem Selbstverständnis ist begründet, dass sie ihre Botschaft weltweit ausbreiten wollen. Die Unterschiede zwischen Christentum und Islam in den Missionsmethoden sind oben schon benannt.

Gelegentlich werden beide Religionen aufgefordert, auf ihren Missionsanspruch zu verzichten. An das Christentum wird diese Forderung sogar von Gruppen und Einzelpersonen aus seiner eigenen Mitte herangetragen. Man hofft, durch Missionsverzicht eine Ethik des Friedens zwischen den Religionen herbeiführen zu können. Aus ihr soll dann eine weltweite Ethik des Friedens zwischen den Kulturen und Nationen folgen. Das Projekt „Weltethos“ von Hans Küng zielt in diese Richtung.

Religionen werden nicht friedlicher, wenn sie ihr Herzstück aufgeben sollen und wenn man ihre Profile abschleifen will. Darin liegt der fundamentale Irrtum dieser Forderungen. Ein anderes ist es aber, von allen Religionen eine bindende Erklärung zum Gewaltverzicht im

missionarischen Handeln zu verlangen. Wenn die Kritiker der Mission für diese Forderung werben würden, könnten ihre Aktivitäten tatsächlich friedensfördernd sein.

Wer heute positiv von Mission redet wie die EKD, muss sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen, christliche Mission habe kolonialistische Unterdrückung fremder Völker begünstigt, geradezu gefördert. Das Gegenteil stimmt! Die Missionsarbeit der Herrnhuter Brüdergemeine wurde 1731 begonnen, nachdem Zinzendorf vom Schicksal der Neger-Sklaven gehört hatte. Die Basler Missionsgesellschaft wurde 1815 gegründet, um die Schäden der Kolonialisierung zu beheben.

Für das Christentum der Gegenwart ist – das zeigt allein schon dieses Beispiel – eine Bildungsmission in den eigenen Reihen angesagt. Das theologische Grundwissen ist bis in gesellschaftliche Eliten hinein mangelhaft. Das gilt für simple Unterscheidungen zwischen den Glaubensaussagen der Bibel und naturwissenschaftlichen Vorstellungen aus ihrer Entstehungszeit ebenso wie für den weiten Bereich der historischen Bildung oder die Unterscheidung zwischen den Aufgaben des Staates und denen der Kirche bei gleichzeitiger Kooperation. Glaube geht in intellektueller Bildung nicht auf. Ohne ein Mindestmaß an intellektueller Bildung wird aber der Glaube missionsunfähig. Ohne ein Mindestmaß an theologischer Bildung wird zudem die Politik in einer multireligiösen Gesellschaft handlungsunfähig. Im Dezember 2006 hatte sich der Kölner Kardinal Meisner gegen interreligiöses Beten in der Adventszeit ausgesprochen. Er hat damit nur wiederholt, was in einigen evangelischen Landeskirchen schon zehn Jahre zuvor für den Fall von Großunglücken geregelt wurde. Meisner wurde vorgeworfen, er verhalte sich integrationsfeindlich – und dieses nicht nur von unbelehrten und unbelehrbaren Multikulti-Schwärmern, sondern vom Integrationsminister seines Bundeslandes und von der Integrationsbeauftragten einer der Regierungsparteien in Berlin.

4. Dialog der Religionen

Wer die Ungleichheit der Religionen feststellt, schafft die Voraussetzungen für gute Nachbarschaft. Wer sie leugnet, bereitet den Nährboden für Ängste, aus denen Gewalt hervorkommen kann. Der interreligiöse Dialog kann nur dann mit Aussicht auf Erfolg geführt werden, wenn die Gegenstände des Dialogs klar sind und die Differenzpunkte

zwischen den Religionen so benannt werden, dass sie gemeinsam bearbeitet werden können.

Die Versöhnungsliturgie, die sich in manchen christlichen Kreisen eingenistet hat, verhindert den Dialog und schafft erst die Ängste, deren Überwindung sie erreichen will. Seit der Handreichung „Klarheit und gute Nachbarschaft. Christen und Muslime in Deutschland“ vom November 2006 wird der Rat der EKD und insbesondere dessen Vorsitzender Bischof Dr. Huber nicht nur von Vertretern des Islam regelmäßig angegriffen, sondern von harmoniesüchtigen Versöhnungsprofis aus den eigenen Reihen. Dass sich daran sogar der ehemalige EKD-Oberkirchenrat Micksch mit einer rasch zusammen geschusterten Aufsätze-Publikation und mit Manfred Kock Hubers Vorgänger im Ratsvorsitz beteiligen, macht das Ausmaß der Aufgabe deutlich, vor der die EKD steht. Selbsttäuschungen sind nicht mehr länger möglich. Die jahrzehntelange Politik der interreligiösen Schmuserei hat einen ideologischen Scherbenhaufen hinterlassen. Auf ihm geht jetzt auch der Anstand unter Glaubensbrüdern kaputt. Micksch und Kock kennen Hubers Adresse und könnten Briefe schreiben, wenn sie anderer Meinung als er sind. Die emotionale Verwirrung hindert sie, die Texte ordentlich zu lesen. Sie nehmen auch nicht zur Kenntnis, dass es einen Zentralrat der Ex-Muslime gibt, der sich durch leidvolle Biographie und kundige Reflexion als kompetenter Gesprächspartner ausweist.

Es bedarf also keiner besonderen Betonung, dass der Dialog zwischen Islam und Christentum unverzichtbar geworden ist. Die Erfahrung in Deutschland zeigt, dass die Benennung der Dialogthemen sehr schwierig ist. Die muslimische Reaktion ist zunächst regelmäßig eine emotionale, Empörung und Enttäuschung werden geäußert, wo lediglich um klare Auskünfte gebeten wird. Man bekommt den Eindruck, in der kirchenkritischen deutschen Öffentlichkeit werde mit dieser aggressiven Reaktionsweise versucht, über die Islamprobleme hinaus antikirchliche Stimmungen zu generieren und zu verstärken. Häufig beschwerten sich die Muslimverbände in Deutschland, der Islam werde hinsichtlich des Terrorismus unter Generalverdacht gestellt. Damit werden Erinnerungen an totalitäre Staatssysteme der deutschen Vergangenheit evoziert. Wenn die Verbände zu einer Kooperation mit den deutschen Sicherheitsbehörden bereit wären, gäbe es auf beiden Seiten keine Verdächtigungen, aber auch keinen Anlass für Konfliktretorik.

Weltweit ist eine ganz andere Politik erkennbar. Im Oktober 2007 wurde ein „Offener Brief von 138 muslimischen Theologen an Papst Benedikt XVI. und die ganze Christenheit“ veröffentlicht worden. Er stellt den Islam als die wahre Religion der Liebe dar, zitiert dazu fleißig den Koran und die muslimische Tradition, greift auch in das NT und interpretiert das benutzte christliche Gedankengut konsequent islamisch. Der Brief fordert die Christenheit auf, „Kommen Sie zu einem gemeinsamen Wort“ [zu uns] und zu einem gemeinsamen Gebet [mit uns] zu Allah. Er ist eine nur schlecht verhüllte Einladung zum Übertritt in den Islam um des Weltfriedens willen. Hier wird also – anders als in Deutschland – die Strategie einer Umarmung versucht. Ein Test auf Wahrhaftigkeit fällt negativ aus. Die zwischen beiden Religionen differenten Punkte werden schlicht verschwiegen bzw. als unwesentlich abgetan. Die propagierte Friedensreligion verschweigt, dass zur Zeit eine weltweite Verfolgung von Christen im Gange ist, verschweigt auch, dass in den von Krieg und Bürgerkrieg überzogenen Ländern mehr Muslime von Muslimen umgebracht werden als von den fremden Truppen. Offenbar hoffen die Autoren darauf, dass in weltweiter Betrachtung diese Einwände gegenüber ihrem Friedenspathos keine Beachtung finden. Die Hoffnung scheint sich zu erfüllen. Der Vatikan hat auf den offenen Brief mit einer Gesprächseinladung reagiert. Zu Weihnachten 2007 haben die 138 Absender einen Gruß an die weltweite Christenheit geschickt und die Einladung angenommen. Themen sind freilich weiterhin nicht benannt. Die Medien rühmen die „Freundschaftsgeste“ der Muslimgelehrten über die Maßen und vergessen schlicht, dass Umarmungen in Rom nichts nützen, wenn in Ägypten und Pakistan Christen unterdrückt werden.

Das Ziel „gute Nachbarschaft“ ist so wichtig, dass sich Politik und Kirche von diesen Gegenstrategien nicht beeindruckt lassen dürfen. Sie müssen sie kennen. Sie dürfen sie nicht akzeptieren – um der vielen muslimischen Menschen willen, die mit uns in „guter Nachbarschaft“ leben wollen und auch leben. Die globalen und nationalen Stimmungsmacher dürfen uns Deutsche nicht abhalten, Einladungen auszusprechen und Begegnungen zu organisieren.

Deutlich erweiterte und aktualisierte Fassung eines Vortrags zu diesem Thema am 07.11.2007 beim EAK-Landesverband Schleswig-Holstein in Kiel. Abschluss des Manuskripts: Dezember 2007.

Klaus Baschang lebt als pensionierter Oberkirchenrat in Karlsruhe und arbeitet als berufenes Mitglied im EAK-Landesverband Baden-Württemberg mit.